

49 Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Redaktions-Schluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Annahmepreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 21

Cöln, den 11. Oktober 1913.

I. Jahrgang.

An die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten Deutschlands!

Behn Jahre sind vergangen, seitdem wir in Frankfurt zum ersten deutschen Arbeiterkongress zusammentraten. Seine erstmalige Heerschau der nichtsozialdemokratischen Arbeiter- und Angestelltenverbände hat ihren Eindruck nicht verfehlt. Vier Jahre später konnten wir sie auf breiterer Grundlage in Berlin erneuern. Die deutschen Arbeiterkongresse haben in das öffentliche Bewußtsein das eine tief eingegraben: Neben der Massenbewegung der staatsverneinenden Sozialdemokratie hat eine andere Bewegung Gestalt gewonnen und ringt sich allen Widerständen zum Trotz empor, die der christlichen und nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Gehilfenverbände, Organisationen, die unter bewußter Ablehnung sozialdemokratischer Bestrebungen auf der Grundlage unseres heutigen Staats- und Gesellschaftslebens soziale Interessenwahrnehmung und kulturelle Hebung anstreben.

Inzwischen haben sich unsere Organisationen weiter ausgebreitet, fester gefügt, ihre Ziele klarer erkannt und ein vielgestaltiges Leben entfaltet.

Heute rufen wir alle, die willens sind, erneut zur gemeinsamen Tat auf.

Die Zeit verlangt ein mannhafte Wort!

Noch hat unsere Nation ihr soziales Missionswerk am eigenen Volke nicht vollendet. Noch gibt es Schichten, die der kräftigen Hilfe der Sozialpolitik des Staates bedürfen. Noch bedürfen wir alle des Schutzes, den sie uns leiht.

Noch weniger können wir einer weiteren, freien Entfaltung unserer Selbsthilfeverbände entbehren. Und schon macht sich in einflussreichen Kreisen der Wissenschaft und der Interessengruppen ein gefährlicher Mißmut breit. Unter dem Vorwand, die Sozialpolitik müsse nur dem Radikalismus, soll der sozialpolitische Zug in unserem Volke aufgehalten, ja ins Gegenteil verkehrt werden.

Gegen diese Strömungen müssen wir auf der ganzen Linie laut und überall vernehmbar unsere Stimme erheben. Sonderinteressen dürfen nicht über soziale Kulturinteressen gehen. Deutschlands Gegenwart und Zukunft verlangt ein gesundes, kräftiges, arbeitsfreudiges und kulturell hochstehendes Volk. Keinen Stillstand gibts im Leben der Völker, keinen Stillstand in der sozialen Schutz-, Hilfs- und Reformarbeit.

Eine einmütige Willenskundgebung unserer Verbände erscheint um so dringlicher, da nicht bloß Zukunftsaussichten bedroht, sondern das bisher Erreichte gefährdet erscheint. Wir leben in Zeiten anhaltender Steigerung der Lebensmittelpreise. Erwachsen aus tiefgehenden weltwirtschaftlichen Veränderungen, ist eine Senkung dieser bedrückenden Preisbewegung aus sich heraus kaum zu erwarten. Damit aber erwächst für breite Massen der Bevölkerung die Gefahr, in ihrem Kulturzustand zurückgedrängt zu werden. Das kann und darf nicht sein. Es müssen Erleichterungen geschaffen, und weitere Erschwerungen unter allen Umständen verhindert werden, soll nicht mit den Konsummassen unsere einheimische Volkswirtschaft in Bedrängnis geraten.

Ein besonderes Wort erheischt die Wohnungsnot der minderbemittelten Kreise. Die Notlage ist bekannt. Raum aber haben verantwortliche Staatslenker einen Anlauf genommen zur Bekämpfung der Uebelstände, da meldet sich sofort ein wohlorganisierter Widerstand angeblich geschädigter Interessenten an. Und dieser Widerstand hat bereits seine Früchte gezeitigt. Demgegenüber erwächst uns die unabwiesbare Pflicht, die Kampfesfront derer zu verstärken, die einen energischen Schritt vorwärts wollen.

Es sind hundert Jahre her, da in der Erhebung des Preußenvolkes der Freiheit der deutschen Nation die Wege geebnet wurden. Hundert Jahre haben zur Erstarkung unserer Nation geführt, ein einiges, stolzes und kraftbewusstes Volk geschaffen. Fünfundzwanzig Jahre der Regierung unseres Kaisers zählen wir, der Kaiserregierung, die auf einem sozialen Programm aufgebaut sein wollte. Welch ein Wachsen und Erstarken des deutschen Reiches nach innen und nach außen offenbart dieses Vierteljahrhundert. Wir haben mit unserer Kraft daran mitgearbeitet. Wir haben durch die Tat bewiesen, daß wir volles Verständnis haben für die Bedeutung einer inneren und äußeren Festigung unseres Staatswesens, eines geordneten Rechts- und Wirtschaftslebens. In unseren Organisationen wirken wir im Sinne einer Erziehung zu tatkräftigem Verstehen und Mitschaffen. Darum haben wir auch das Recht, wie die Pflicht, zu warnen und zu fordern, wo das Wohl und Wehe breiter Massen des Volkes es erheischt. Was uns

die Schaffung des deutschen Reiches gebracht, was wir vor 25 Jahren auszubauen begonnen haben, das gilt es zu halten und weiter zu führen. Unser Kongreß soll eine Warnung und ein Anstoß sein. — So rufen wir denn auf zum

Dritten deutschen Arbeiterkongreß.

Zu demselben laden wir alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten ein, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, die Notwendigkeit selbständiger gewerkschaftlicher Betätigung anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

Der Kongreß tagt vom 30. November bis 3. Dezember in Berlin.

Zur Beratung stehen folgende Gegenstände:

1. Konstituierung des Kongresses.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland.
4. Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner.
5. Die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter.
6. Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung.
7. Wohnungsfrage.
8. Arbeitslosenfürsorge.
9. Wahl des Ausschusses.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten angehörende Personen und aus diesem Stand hervorgegangene Organisationsbeamte.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongreß möglichst zahlreich besetzt wird.

Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis zum 10. November 1913 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Zahl und Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Mit kollegialem Gruß!

Der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses:

Franz Behrens-Essen, Vorsitzender.

Adam Stegerwald-Cöln, Schriftführer.

Hans Beshy-Hamburg, Rechnungsführer.

Marg. Behm-Berlin, Johann Giesberts-M.-Glabach, A. Kirshberg-Mülheim-Nuhr,

Friedrich Kloss-Waldenburg, C. M. Schiffer-Düsseldorf, Heinr. Benz-München, Emil Hartwig-Bielefeld,
Wilhelm Gutsche-Elberfeld, Franz Dauer-München, Richard Martin-Witten-Nuhr, Wilh. Weyer-M.-Glabach.

Mit vereinten Kräften.

Der in den beiden Artikeln „Was lehrt die Stunde“ erwähnte Zusammenschluß der Gegner der Sozialpolitik ist so wichtig, daß wir nochmals ausführlich darauf zurückkommen müssen.

In dem bunten Gemisch der gewerblichen und industriellen Organisationen des Mittelstandes und der Industrie scheint sich nunmehr ein Kristallisationspunkt herauszubilden. Am 23. August 1913 hat in Leipzig der Reichsdeutsche Mittelstandsverband einen „Mittelstandstag“ abgehalten, auf dem eine „wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit von gewerblichem Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft“ in die Wege geleitet und programmatisch festgestellt wurde. Die Presse aller Parteirichtungen legte dem Ereignis mit Recht eine erhebliche Bedeutung bei, und auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung kann nicht stillschweigend an diesem Vorkommnis vorbeigehen, sondern es beansprucht unsere weitgehendste Beachtung. Die „Arbeitsgemeinschaft“, die in Leipzig proklamiert wurde, wird getätigt durch den Zentralverband deutscher Industrieller und den Bund der Landwirte mit dem Kartell der christlichen Bauernvereine und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband. Es sind drei bedeutungsvolle Gruppen, die große, weite Kreise des gewerblichen Unternehmertums umfassen. Die Sache ist von langer Hand vorbereitet und nicht das Ergebnis einer plötzlichen Stimmung. Wie der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Industriellen auf der Tagung des letzteren am 15. September in Leipzig mitteilte, ist die erste Anregung für diesen Plan ergangen auf dem Westdeutschen Mittelstandstag in Essen am 18. Mai. Im Anschluß daran hat Anfangs Juli eine Besprechung unter den oben genannten Organisationsgruppen stattgefunden, „inwieweit eine Gemeinschaftlichkeit wirtschaftlicher Interessen zwischen Handwerk, Industrie und

Landwirtschaft vorhanden sei, und wie diese Interessen durch eine Gemeinschaftsarbeit gefördert werden könnten“. Die Leipziger Tagung war also der Abschluß einer wohlvorbereiteten Aktion und soll den Beginn des organisatorischen Zusammenarbeitens bilden. Für die praktische Betätigung ist nach den Berichten der Presse (Kölnische Volkszeitung und Deutsche Tageszeitung) vorgesehen:

„Jeder Berufsstand soll für sich arbeiten, und nur solche wirtschaftliche Fragen, die allen drei Ständen gemeinsam sind, sollen, wenn Einstimmigkeit erzielt wird, gemeinsam behandelt werden. Zu diesem Zwecke werden Kartelle gebildet, und zwar ein Reichsausschuß, den Vertreter der Genvorstände bilden, Provinzial- und Landeskartelle, in denen die Führer der provinziellen Organisationen vertreten sind, und drittens Ortskartelle, die in die örtlichen Organisationen der Berufsstände ihre Delegierten entsenden.“

Es handelt sich also wie man sieht, nicht um eine vorübergehende Kundgebung, sondern um eine dauernde gemeinsame Arbeit.

Welche Ziele verfolgt diese neue Gemeinschaftsarbeit, die man irreführend als „Kartell der schaffenden Arbeit“ in der Presse bezeichnet hat? Wollte Klarheit wird man wohl dann erst gewinnen, wenn die Leipziger Verhandlungen im Stenogramm vorliegen, und wenn die ersten gemeinsamen aktiven Schritte bekannt geworden sind. Aus den Zeitsägen, die die Leipziger Tagung angenommen hat, sind die endgültigen Absichten der Kartellierten nur schwer zu erkennen. Die Zeitsägen lauten:

1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft zwecks gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung und Bekämpfung im Organismus unseres Wirtschaftslebens.

2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Berieben.

3. Schutz der nationalen Arbeit. Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.

4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischen Irrlehren.

Auf den ersten Blick sieht das ziemlich harmlos aus. Ein Zusammengehen der genannten Gruppen zur Förderung wirtschaftlicher Aufgaben wird kein Mensch tadeln können.

Die „Aufrechterhaltung der Autorität“ in den wirtschaftlichen Betrieben ist etwas so selbstverständliches, daß man sich fragt, warum eine solche Forderung überhaupt aufzustellen ist — wenn sich nicht etwas anderes dahinter verbirgt und wenn nicht der Satz in sinngemäßer Uebersetzung lauten soll: Ausschaltung der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und infolgedessen Zertrümmerung der Tarifverträge. „Schutz der nationalen Arbeit“ haben sich alle bürgerlichen Politiker und Sozialpolitiker zur Aufgabe gestellt, und in der Sicherung „angemessener Preise“ hat der Mittelstand, speziell das Handwerk, auch die Arbeiter ganz auf seiner Seite. Daß der „Schutz der Arbeitswilligen“ in diesem Zusammenhang genannt wird, muß Bedenken und Befremden erregen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der sozialistischen Irrlehren ist bisher von den oben genannten Gruppen recht oft in der verkehrtesten Form erfolgt. Die nachhaltigste und erfolgreichste Bekämpfung der Sozialdemokratie liegt in der Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Man wird auch hier den Gedanken nicht los, daß sich hinter dieser Flagge der Bekämpfung der Sozialdemokratie andere Ziele verstecken.

Zu dieser Auffassung muß man kommen, wenn man nachliest, wie die mächtigste und stärkste Gruppe dieses Kartells, der Zentralverband deutscher Industrieller, die Gemeinschaftsarbeit aufsaßt. Herr Dr. Schweighofer, der Geschäftsführer des Zentralverbandes, hat auf der Tagung des letzteren am 15. Dezember diese Gemeinschaftsarbeit vor den Delegierten des Verbandes in einem längeren Referat gerechtfertigt und die Notwendigkeit desselben damit begründet, daß die gemeinsamen Lebensinteressen ein Zusammengehen dieser drei Berufsstände „in allen grundsätzlichen Fragen unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik“ notwendig machen. „Zu diesen grundsätzlichen Fragen rechne ich (Dr. Schweighofer) die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, eine weise Beschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung und eine Verstärkung des Schutzes aller erwerbstätigen Kreise gegen Wirtschaftsförderung durch Boykott und Streiks.“

Sehen wir uns nun die übrigen Interessengruppen an und ihre Bestrebungen, so ergibt sich für die Mittelstandsbewegung als vornehmste Forderung — wie sie wenigstens in der öffentlichen Diskussion, in den Petitionen an die Parlamente und den Verhandlungen der einzelnen Organisationen zutage getreten sind — Erdrosselung der Konsumvereine der Arbeiter und Arbeitswilligen. Die landwirtschaftliche Gruppe betrachtet für die nächste Zeit als vornehmste Aufgabe die Aufrechterhaltung der Zollgesetzgebung und Verstärkung derselben durch den sogenannten „lückenlosen Zolltarif“, d. h. man erstrebt die Einführung von Mindestzöllen auf alle landwirtschaftlichen Produkte, also auch auf solche, auf denen bisher gebundene Mindestzölle noch nicht liegen.

Ein Skeptiker würde die wahre Tendenz der Leipziger Gemeinschaftsarbeit auf folgende Formel bringen können:

1. Arbeitswilligenschutz, Zertrümmerung der Gewerkschaften und der Tarifverträge, um die Arbeiter an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern.

2. Erhaltung und Vermehrung der Lebensmittelzölle ohne Rücksicht auf die herrschende Teuerung und auf die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes.

3. Zertrümmerung der Genossenschaften zum Zwecke des gemeinschaftlichen Einkaufs von Lebensmitteln, um den Arbeiter zu hindern, für seinen sauer verdienten Lohn die Lebensmittel günstig einzukaufen.

Wir zweifeln nicht daran, daß man diese Auffassung als Schwarzjeherei und Entstellung anfechten wird. Aber ein wahrer Kern ist an der Sache. Jedenfalls ist es Pflicht der christlich-nationalen Arbeiter, sich bewußt zu werden, welche Gefahr diese Kartellierung der Industrie, des Mittelstandes und der Landwirtschaft für die Verfolgung ihrer Lebensinteressen, auskömmliche Löhne, Schutz der Gesundheit und Arbeitskraft, erschwingliche Lebensmittelpreise, liegt.

Darin wird uns eine Betrachtung bestärken über das Wesen der drei Gruppen, die sich in Leipzig kartelliert haben. — Der arrangierende Teil ist der Reichsdeutsche Mittelstandsverband.

Ihm hat man den Vortritt gelassen; eine geschickte und kluge Berechnung. Die Mittelstandsinteressen kollidieren zwar in vielen Punkten mit den Interessen des Großkapitals und der Großindustrie und finden in wesentlichen und wichtigen Punkten die vollste Unterstützung der christlich-nationalen Arbeiter, z. B. die Forderung eines angemessenen Preises unserer Handwerker, die Regelung des Submissionswesens, die Erleichterung des Kredits, die Förderung der kaufmännischen und gewerblichen Tüchtigkeit, Bekämpfung des Borgunwesens und aller unlauteren Konkurrenzmachenschaften, Berücksichtigung des Handwerks gegenüber großkapitalistischen Unternehmungen bei Vergabung staatlicher und öffentlicher Arbeiten, das alles sind Punkte, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung die lebhafteste Sympathie und Förderung erfahren, für die unsere Vertreter in den Parlamenten nicht bloß alljährlich gestimmt, sondern auch öffentlich geredet haben. Nur in zwei Punkten gehen unsere Auffassungen auseinander, das ist die Forderung nach Beschränkung der Koalitionsfreiheit unter der Firma: Schutz der Arbeitswilligen und der Bestrebungen nach Erdrosselung der Konsumvereine. Es ist merkwürdig, daß der gewerbliche Mittelstand nichts darin findet, daß die landwirtschaftlichen Organisationen, mit denen er sich zum Kartell verbündet, im allerausgiebigsten Maße das Genossenschaftswesen benutzt haben, um den Kaufmann und den Gewerbestand auszuschalten. Die Landwirtschaft hat den Handel mit Düngemitteln, Sämereien, Futtermitteln, landwirtschaftlichen Maschinen usw. fast vollständig aus den Händen des Privathandels herausgenommen, u. durch genossenschaftliche Organisationen besorgt. Dazu kommen Produktivgenossenschaften, wie Molkereien, Mühlenbetriebe, und endlich die Organisationen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kredits. Weshalb der Mittelstand ausschließlich gegen die Genossenschaften der Arbeiter Sturm läuft und nicht gegen die Genossenschaften der Landwirtschaft, ist ein Rätsel, das wir bei früheren Gelegenheiten an dieser Stelle schon besprochen haben. Die Einschwenkung des Mittelstandes und des Handwerks in das Fahrwasser des Zentralverbandes der Industriellen ist sowohl bedauerlich vom Standpunkt wohlberstandener Mittelstandsforderungen, wie auch vom Standpunkt des sozialen Friedens aus.

Der Zentralverband der Industriellen, der wohl als der eigentlich hinter den Kulissen spielende Inspirator der neuen Organisation angesehen werden kann, ist die stärkste, geldkräftigste Industrieorganisation in Deutschland. Er hat unstreitig das Verdienst, die deutsche Industrie auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, der technischen und kaufmännischen Förderung, der Vertretung im Auslande und in der Beratung in allen Handelsfragen erfolgreich gefördert zu haben; ohne ihn und die von ihm inspirierten und dirigierten Syndikate und Kartelle hätte sich wohl die deutsche Industrie nicht

so glänzend entwickelt, als dies wirklich geschehen ist. Wirtschaftspolitisch ist der Zentralverband bis jetzt für hohe Schutzzölle eingetreten, speziell für Halbfabrikate der Industrie, und hat auch eigentlich der Landwirtschaft im Jahre 1902 zu den jetzigen Zöllen mitverholfen, allerdings unter Ablehnung der extremsten Forderungen des Bundes der Landwirte. Er ist mit seinen Schutzollbestrebungen in einen Gegensatz gekommen zur weiterverarbeitenden Industrie, die im Bunde der Industriellen organisiert ist, und in dieser Frage dürften zwischen beiden Organisationen auch in Zukunft nicht mehr unerhebliche Gegensätze verbleiben.

Was den Zentralverband bei der deutschen Arbeiterschaft geradezu berücksichtigt gemacht hat, das sind seine antisozialen Tendenzen. Der Zentralverband war stets das Bleigewicht für die soziale Entwicklung in Deutschland. Er war Gegner aller fortgeschrittenen sozialen Gesetze, besonders aller derer, welche die Rechtsstellung der Arbeiter in der Gesetzgebung behandelten und insbesondere des Koalitionsrechtes. Er bekämpft die gewerkschaftlichen Organisationen und fördert die gelben Gewerkschaften, er haßt die christlichen Gewerkschaften genau so wie die sozialistischen Organisationen. Unter Autorität in den Wirtschaftsbetrieben versteht der Zentralverband Alleinherrschaft über die Arbeiter, Ausschaltung jeder Mitwirkung der Arbeiter bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auf dem Hintergrund des Zentralverbandes spielen sich die neueren Angriffe auf die deutsche Sozialpolitik ab, wie sie im Buche von Professor Bernhard niedergelegt sind. Der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Regierungsrat e. D. Dr. Schweighoffer, redet bei jeder Gelegenheit über die zu große Belastung der Industrie mit Abgaben für die Sozialpolitik, insbesondere für die Arbeiterversicherung.

(Fortsetzung folgt.)

„Es nützt ja doch nichts“

Jagen manche Kollegen, wenn der Vertrauensmann des Verbandes sie für die Organisation zu gewinnen sucht. Dies ist natürlich nichts als eine faule Ausrede, um sich an der Sache, am Verbandsvorbeizudrücken. Würde es sich um etwas anderes handeln, würde man wohl nicht so reden. Wenn du krank bist, wirst du dann das Uebel weiterfreissen lassen und dabei denken, es nützt ja doch nichts,

oder wirst du nicht bald zum Arzt gehen, damit er dir helfe, dich wieder gesund zu machen? Oder wenn dein Haus brennt, wirst du dich ruhig, mit den Händen in den Hosentaschen, hinstellen und sagen: Laß es nur brennen, es nützt ja doch nichts, oder wirst du nicht vielmehr selbst löschen, und deine Nachbarn veranlassen, dir zu helfen und gar die Feuerwehr rufen, damit sie eingreife, um dein Hab und Gut zu retten? Wer das nicht so machen würde, den würde man wohl für einen Narren oder Verrückten erklären.

Gibt es heute wohl einen vernünftigen Menschen, der sagen würde, ein starkes Heer und eine starke Flotte brauchen wir nicht, denn die sind doch zu nicht nütze. Ich glaube es nicht. Denn jedermann weiß, daß wir nur dann Frieden behalten, und etwaige Angriffe abwehren können, wenn wir gut gewappnet sind.

Auch die Schäden des heutigen Wirtschaftslebens, die Mißstände im Arbeitsverhältnis, können wir nur beseitigen, und den so notwendigen Frieden mit den Arbeitgebern nur erzielen, wenn wir starke Gewerkschaften haben. Denn dafür sind die Erfolge der Gewerkschaften doch viel zu augenfällig. Ueberall dort, wo die Gewerkschaft die nötige Stärke hat, ist sie auch in der Lage, Erfolge zu erringen. Wem hat denn die Arbeiterschaft den unberechenbaren Fortschritt: die Verbesserung ihrer Lebenslage, die größere Rücksichtnahme auf ihre berechtigten Forderungen, namentlich der Anerkennung ihrer Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag, durch den Abschluß von Tarifverträgen, zu verdanken? Doch in erster Linie der Gewerkschaftsbewegung. Sie ist es doch, die beständig, Tag um Tag, für die Rechte und Interessen der Mitglieder kämpft und streitet. Sie ist es, die höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, anständige, gerechte Behandlung, anstrebt. Sie ist es, die für Gewährung von Erholungsurlaub, für ausreichende Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung eintritt, die durch ihre Versammlungen, Vorträge, Verbandsorgane, Bibliotheken und sonstige Veranstellungen den Arbeitern die Möglichkeit bietet, ihre Kenntnisse zu erweitern und zu vertiefen. Die Gewerkschaft ist es auch, die gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften die Wünsche und Forderungen der Arbeiter zum Ausdruck bringt. Die Arbeiterschutzgesetze werden zum Teil erst durch die Mitwirkung der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft fruchtbringend gestaltet. Was die Gewerkschaften so im Laufe der Jahre für die Arbeiter erreicht haben, läßt sich nicht alles in Zahlen ausdrücken. Und selbst dort, wo die Gewerkschaft nicht selbst direkt den Anstoß zur Verbesserung der Verhältnisse gibt, wo die Unternehmer, auch die Stadtverwal-

Die Entwicklung einer Großstadt.

I.
Die städtische Ausstellungshalle am Nachener Tor in Köln beherbergt gegenwärtig eine Ausstellung „Alt- und Neuköln“, von der der Oberbürgermeister mit Recht behaupten konnte, daß eine derartige Ausstellung nur eine Stadt arrangieren konnte, die auf eine zweitausendjährige Vergangenheit zurückblicken kann, wo sich die neuzeitliche Entwicklung mit uralter Geschichte verbindet. Die Ausstellung gewährt einen Ueberblick über die gewaltige Entwicklung, welche unsere modernen Großstädte zu verzeichnen haben. Aber auch die Zustände, wie sie vor tausend und mehr Jahren in der alten Colonia Agrippina anzutreffen waren, werden anschaulich vor Augen geführt.

Unsere Kollegen, die in der Mehrzahl in städtischen Betrieben beschäftigt sind, dürfte ein kurzer Ueberblick über die Ausstellung willkommen sein.

Nachdem wir unseren Obulus, der für die Mitglieder der Gewerkschaften und Arbeitervereine um die Hälfte ermäßigt ist, entrichtet haben, treten wir, einen kleinen Vorraum durchschreitend, in den größten Raum ein. Unser Blick fällt zunächst auf ein Modell des römischen Köln. An der Stelle, an der heute das herrlichste Bauwerk der Gotik, der Dom, seine Türme gen Himmel streckt, erhob sich damals der Tempel des Handelsgottes Merkur. Der Tempel des Dolichenus, des Jupiter, ein Palast des römischen Kaisers, sowie ein *Cobenticulum ritus Christiani* erinnert uns

daran, daß das Modell Köln zu jener Zeit darstellt, wo zwar noch das alte Heidentum herrschte, aber schon das neue Evangelium Wurzeln geschlagen hatte. Die an den Wänden aufgestellten 13 Schaukästen enthalten Urkunden, bis zum Jahre 922 zurückreichend. In ihnen spiegelt sich das ganze geistige und wirtschaftliche Ringen im letzten verfloffenen Jahrtausend wieder. Wir sehen hier die auf unverwüßlichem Pergament geschriebenen Urkunden aus der Zeit, wo die Erzbischöfe von Köln auch die weltlichen Herrscher waren. Die mit anhängendem großen Siegel beglaubigten Urkunden verleihen Rechte und Annehmungen. Aber auch der Kampf der Patrizier gegen die erzbischöflichen Stadtherren, der schließlich in der Schlacht bei Worringen zugunsten der Geschlechter entschieden wird, spiegelt sich in diesen Urkunden wieder. Mit der Zeit aber fällt auch deren Herrschaft. Das erwachte Bürgertum, verkörpert hauptsächlich in den Zünften, ringt um Gleichberechtigung und die politische Macht. Der sogenannte Verbundbrief vom Jahre 1306 stellt den Abschluß dieses Kampfes dar. Die Stadt erhält eine neue Verfassung. Die neuen Herren der Stadt versuchen, sich häuslich einzurichten, Neuerungen durchzuführen, aber das Gewesene zu respektieren.

Einen Einblick in die damaligen Anschauungen, wie man das Recht der Alten respektieren, aber doch seinen Willen durchsetzen wollte, gewährt das vorliegende Eibuch der Stadt. Der Rat der Stadt hatte einen der Führer der Geschlechter, Heinrich vom Stabe, aus der Stadt verbannt und diesen Beschluß in das Eib-

tungen „aus sich selbst heraus“ Verbesserungen vornehmen, ist doch die gewerkschaftliche Organisation indirekt die Veranlassung dazu. Und wenn wir heute noch, vielfach mit Recht, über schlechte Verhältnisse klagen müssen, wie würde es erst aussehen, wenn wir keine Gewerkschaften hätten; wenn die Arbeiter wehr- und schutzlos den Unternehmern und deren Organisationen gegenüberständen? Dann würden wir die gleichen schlimmen Zustände haben, wie noch vor 50—60 Jahren, als die industrielle Entwicklung bei uns einsetzte. Wie sehr es aber den christlichen Gewerkschaften möglich war, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, dafür liefern uns die Jahresberichte des Gesamtverbandes einen deutlichen Beweis. So wurden erzielt an Lohnerhöhungen im Jahre:

1906 für 38 475 Mitglieder	0.50—14.35 Mk. pro Woche u. Mitglied,
1907 " 31 856 "	0.30— 8.40 " " " " "
1908 " 26 246 "	0.30— 7.40 " " " " "
1909 " 17 464 "	0.60—10.80 " " " " "
1910 " 63 563 "	0.25— 9.70 " " " " "
1911 " 38 078 "	0.20— 9.— " " " " "
1912 " 36 074 "	0.30—10.— " " " " "

An Arbeitszeitverkürzungen wurden erzielt im Jahre:

1906 für 18 100 Mitglieder	$\frac{1}{2}$ —24 Stunden pro Woche u. Mitglied,
1907 " 15 737 "	$\frac{1}{2}$ —9 " " " " "
1908 " 4 371 "	$\frac{1}{2}$ —9 " " " " "
1909 " 4 280 "	$\frac{1}{2}$ —9 " " " " "
1910 " 12 270 "	$\frac{1}{2}$ —14 " " " " "
1911 " 8 520 "	$\frac{1}{2}$ —6 " " " " "
1912 " 12 223 "	$\frac{1}{2}$ —6 " " " " "

Das sind gewiß schon gewaltige Zahlen. Hinzurechnen müssen wir aber auch noch die erheblichen Unterstützungsleistungen, die den Mitgliedern ausgezahlt worden sind. Diese betragen in den letzten acht Jahren fast 14 Millionen Mark und zwar:

Jahr	Insgesamt	Streit- und Gemäßregelt-Unterstützung	Sonstige Unterstützung
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1906	1 364 105	853 435	510 670
1907	1 451 748	743 270	708 478
1908	1 401 385	424 992	976 393
1909	1 703 473	489 023	1 214 450
1910	2 393 775	1 239 500	1 154 275
1911	2 442 945	1 199 598	1 243 347
1912	1 996 236	654 323	1 341 913
Summa	13 986 988	6 604 461	7 382 527

buch eingetragen. Ein Antrag, derartige Beschlüsse aufzuheben, stand unter schwerer Strafe. Der Rat aber wollte diesen Beschluß nachträglich aufheben. Zu dem Zwecke wurden die früheren Ratsmitglieder ins Ratshaus eingesperrt, das Eidbuch aufgeschlagen auf die Treppe gelegt. Neben diesem Tinte und ein Büschel Watte. Dadurch wurde den Herren hochmögenden Räten angedeutet, daß, wer die Freiheit beanspruche, seinen mitgefaßten Beschluß im Eidbuch auslöschen müsse. Wie das an dieser Stelle aufgeschlagene Eidbuch zeigt, haben die Räte hübsch langsam, einer nach dem andern, unbefehlet ihren Beschluß gelöscht, denn die betreffende Seite im Eidbuche ist vollständig mit Tinte verschmiert und unleserlich gemacht.

Der Niedergang der Stadt und der ganzen Volkswirtschaft zur Zeit des dreißigjährigen Krieges, wie auch die französische Fremdherrschaft, die vor 100 Jahren auf unserem Volk lastete, wie überhaupt die gesamten sozialen, rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse spiegeln sich in diesen Urkunden und Büchern wider. So z. B. sind die Protokolle der Ratsitzungen zur Zeit der Franzosenherrschaft in französischer Sprache abgefaßt. Den Schluß dieser Darstellung bilden sodann wichtige Schriftstücke aus unserer Zeit.

Doch nicht nur der Inhalt ist sehr lehrreich, sondern auch die Art der Herstellung der Bücher und Urkunden gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Technik. Von den auf Tierhäuten geschriebenen Urkunden angefangen bis zu einem Prachtwerk der

heutigen Buchdruckerkunst ist jedes Jahrhundert mit Erzeugnissen seiner schwarzen Kunst vertreten.

Ein weiteres Modell: Köln im Mittelalter, sowie eine Reihe Ansichten der Stadt vervollständigen das Bild einer Stadt in den vergangenen Jahrhunderten. Modelle von Handelsschiffen und das Modell eines kölnischen Kriegsschiffes erinnern uns daran, daß Köln eine bedeutende Handelsstadt war. Gleichzeitig aber auch an die engen Zollmauern, die jede Stadt und jedes Land an seiner Grenze aufrichtete. Ringsherum im Raume hängen die Porträts der Kölner Bürgermeister, angefangen mit Johann Broelmann 1488 bis zum jetzigen Oberbürgermeister.

Alle übrigen Räume geben ein Bild einer modernen Großstadt mit ihren Aufgaben und Verpflichtungen auf tausend verschiedenen Gebieten. Der Laie, der nur die Tätigkeit einer Stadtverwaltung nach dem beurteilt, was er persönlich wahrnimmt, ist erstaunt über die vielseitigen Aufgaben, die der Lösung durch die Organe einer Stadtverwaltung harren. Wenn auch zuerst versucht wird, dem Besucher zu zeigen, was die Stadt heute leistet, so ist aber in jeder Abteilung dafür gesorgt, daß der Besucher Vergleiche mit früher anstellen kann. Im folgenden soll daher versucht werden, in gedrängter Form einen Ueberblick über eine moderne Stadt zu geben.

Aus unseren Berufen.

Die Mitglieder unserer Münchener Ortsgruppe nahmen in einer großen Versammlung Stellung zu den nächsten Etatsberatungen. Die Kollegen fordern die Bewilligung der im vorigen Jahre eingereichten, aber vom Stadtparlament zurückgesetzten Forderungen, sowie die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Weitere Arbeiterentlassungen in den städtischen Werken und Betrieben sollen unter allen Umständen vermieden werden.

In Mülheim a. Rhein, wo die Verwaltung bei den bisherigen Verhandlungen Entgegenkommen versprach, weigert sie sich jetzt, Lohnerhöhungen eintreten zu lassen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Verwaltung deshalb interpelliert, versuchte aber, sich an der Sache vorbeizudrücken. Die Angelegenheit ist aber noch nicht erledigt. (Siehe auch den Bericht unter Mülheim.)

Ein schweres Straßenbahnunglück ereignete sich auf der Rheinfurterbahn am 1. Oktober nachts um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ein Zug, bestehend aus Motor- u. Anhängewagen, durchfuhr die Haltestelle Ellerbahnhof und sauste in voller Fahrt in eine scharfe Kurve, in der er entgleiste und vollständig umschlug. Von den Fahrgästen verunglückte einer tödlich, fünf wurden schwer und mehrere leicht verletzt. An der nämlichen Stelle war bereits vor Jahren ein ähnlicher Unfall vorgekommen, sodaß heute schon ohne Zweifel festgestellt werden konnte, daß der mangelhaften technischen Anlage ein Teil der Schuld zuzuschreiben ist. Die Verwaltung schiebt die Schuld auf den Wagenführer, der die Luftdruckbremse nicht angezogen hat.

heutigen Buchdruckerkunst ist jedes Jahrhundert mit Erzeugnissen seiner schwarzen Kunst vertreten.

Ein weiteres Modell: Köln im Mittelalter, sowie eine Reihe Ansichten der Stadt vervollständigen das Bild einer Stadt in den vergangenen Jahrhunderten. Modelle von Handelsschiffen und das Modell eines kölnischen Kriegsschiffes erinnern uns daran, daß Köln eine bedeutende Handelsstadt war. Gleichzeitig aber auch an die engen Zollmauern, die jede Stadt und jedes Land an seiner Grenze aufrichtete. Ringsherum im Raume hängen die Porträts der Kölner Bürgermeister, angefangen mit Johann Broelmann 1488 bis zum jetzigen Oberbürgermeister.

Alle übrigen Räume geben ein Bild einer modernen Großstadt mit ihren Aufgaben und Verpflichtungen auf tausend verschiedenen Gebieten. Der Laie, der nur die Tätigkeit einer Stadtverwaltung nach dem beurteilt, was er persönlich wahrnimmt, ist erstaunt über die vielseitigen Aufgaben, die der Lösung durch die Organe einer Stadtverwaltung harren. Wenn auch zuerst versucht wird, dem Besucher zu zeigen, was die Stadt heute leistet, so ist aber in jeder Abteilung dafür gesorgt, daß der Besucher Vergleiche mit früher anstellen kann. Im folgenden soll daher versucht werden, in gedrängter Form einen Ueberblick über eine moderne Stadt zu geben.

Die allgemeine Verwaltung gibt eine Zusammenstellung der Namen der Oberbürgermeister und Beigeordneten der letzten 100 Jahre, sowie der Namen der Stadtverordneten seit dem Jahre

Als Entschuldigung dient ihm eine momentane Ohnmacht, in der er nicht in der Lage gewesen sei, den Zug zum Stehen zu bringen. Die Konstruktion der neuen Wagen, wo der Führer vollständig abgeschlossen vom Schaffner und Publikum steht, hat wohl seine guten, aber auch, wie dieses Unglück zeigt, seine Schattenseiten.

Hoffentlich wird sich die gerichtliche Untersuchung auch auf den Dienstplan der Fahrer ausdehnen. Die betreffenden Kollegen, die zum Teil dem Privateisenbahnbeamtenverband angehören, oder nicht organisiert sind, haben sich nämlich über eine kurze Dienstzeit nicht zu beklagen. Insbesondere muß festgestellt werden, wieviel Dienststunden der betreffende Kollege bereits an dem Unglückstage geleistet hatte. Hoffentlich schafft die gerichtliche Untersuchung auch hierüber genügende Klarheit.

In Ausübung seines Dienstes wurde in Stuttgart ein Schaffner von einem renitenten Fahrgast, dem er den Wagen verwiesen hatte, niedergestochen. Die Verletzungen waren so schwer, daß er kurz danach starb.

Aus den Ortsgruppen.

Bonn. In der hiesigen „Deutsch. Reichszeitung“ erschien am 20. Sept. eine Zuschrift eines „sozial interessierten Studenten“ der Universität Bonn, der gar zu gern der Streit der Berliner auch in unsere Stadt tragen möchte. So sehr wir es wünschen, daß sich die sozialistische Bewegung weiter ausbreiten möchte, um die Kluft zwischen den akademisch Gebildeten und den Handarbeitern zu überbrücken, aber in der Rolle eines Lehrmeisters sich zu gefallen über ein Thema, das berufenen Leuten Schwierigkeiten bereitet, steht einem jungen Studenten doch verzeufelt schlecht an. Erfreulicherweise wird dieser junge Mann von anderer Seite, die mehr Anspruch auf die Beachtung ihres Urteils erheben kann, an der nämlichen Stelle gründlich ad absurdum geführt.

Wir, als das Objekt seiner Bestrebungen, können dem jungen Studenten nur den guten Rat geben, die Arbeiterfrage gründlich zu studieren, bevor er seine Weisheit in der Öffentlichkeit bringt. Denn auf die Weisheit jenes Grünshabels können wir wie auch die Öffentlichkeit verzichten.

Mülheim (Rhein). Am 11. Oktober 1912 hatte die Stadtverordnetenversammlung eine Aufbesserung der Beamten- u. Lehrergehälter vorgenommen. In derselben Sitzung erwiderte der Oberbürgermeister auf eine Anfrage, daß auch über die Regelung der Arbeiterlöhne bereits Erwägungen stattfänden. Nun wurde im Laufe dieses Jahres bereits seitens der Verwaltung eine neue Arbeitsordnung ausgearbeitet, sowie ein Arbeiterausschuß gebildet.

1850. Ebenso eine Zusammenstellung der Stadtverordnetensitzungen und der darin gefaßten Beschlüsse. Die Zahl der städtischen Beamten und Angestellten stieg von 59 im Jahre 1813 auf 2290 in diesem Jahre.

Die Finanzverwaltung zeigt in plastischen Darstellungen und zum Teil humoristischen Bildern die Entwicklung der städtischen Finanzen. Das gewaltige Anwachsen der Stadt spiegelt sich hier in toten Zahlen wieder. So betrug der Umsatz der städtischen Kassen 1901: 294 392 823 Mk., 1912 aber bereits 813 211 783 Mk., hat sich also innerhalb 10 Jahren verdreifacht. Die Endzahlen der Haushaltungspläne waren 1900: 67 309 445 Mk., dagegen 1910: 266 413 538 Mk., und 1913: 444 275 060 Mk. Das Reinvermögen stieg von 17 088 996 Mk. in 1877 auf 306 026 347 Mk. im Jahre 1911. Der größte Teil des Vermögens entfällt auf die werbenden Anlagen (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen) 164 704 694 Mk., auf die teils werbenden Anlagen (Fuhrpark, Hafen usw.) 11 827 990 und der Rest von 129 493 663 Mk. auf Schulen, Krankenanstalten, öffentliche Anlagen usw.

Wenn dem Kollegen der Steuerzettel ins Haus fliegt, dann mag ihm das Bewußtsein, daß seine gewiß fauer verdienten Groschen doch zum größten Teil zu sehr notwendigen, gemeinnützigen Zwecken verwandt werden, mit dem unangenehmen Steuerzahlen auslöshen. So braucht die Stadt Köln von ihren Einnahmen an Gemeindecinkommensteuern für Volksschulen 55,9 Prozent, andere Bildungsanstalten 16,9 Prozent, Kunst und Wis-

senforschung heranzutreten, doch an eine baldige zehnprozentige Lohnerhöhung heranzutreten, reagierte jedoch die Verwaltung nicht. Darum frug in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Sept. Herr Stadtverordneter Feinhals die Verwaltung, wie es denn mit der versprochenen Lohnerhöhung und mit der Arbeitsordnung aussehe. Diese Anfrage gab den Anlaß zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Oberbürgermeister und einigen Stadtverordneten. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß in Mülheim am Werth und am Hafen höhere Löhne gezahlt würden wie in Köln. Die Löhne der Fuhrparkarbeiter seien bereits erhöht worden, da man das für notwendig gehalten habe. Bei den anderen könne das mit Rücksicht auf die schwebenden Eingemeindungsverhandlungen nicht geschehen. Das gleiche sei der Fall bezgl. der neuen Arbeitsordnung. Der Stadtverordnete Peters wies aber darauf hin, daß die Löhne in Köln für sechs, in Mülheim für sieben Tage gezahlt würden, und es sei selbstverständlich, daß man in sieben Tagen mehr Geld verdienen müsse wie in sechs Tagen. Die städtischen Arbeiter Mülheims erstrebten vor allem eine Gleichstellung mit den Kölner Löhnen. Die Lohnerhöhung am Fuhrpark sei schon deswegen notwendig geworden, weil man zu den niedrigeren Löhnen keine Arbeiter mehr bekommen habe.

Als darauf der Oberbürgermeister den Einwand machte, daß man schon mit Rücksicht auf die niedergehende Konjunktur keine Lohnerhöhungen vornehmen könne, zumal an einzelnen Stellen schon Arbeiterentlassungen vorgenommen würden, erwiderte Stadtverordneter Feinhals, daß doch die Aufbesserung schon vor der ungünstigen Konjunktur in Aussicht gestellt worden sei und man ein solches Versprechen auch einlösen müsse. So wogte die Nebenschlacht hin und her. Während noch Stadtverordneter Steinkrüger sich auf die Seite der Arbeiter stellte, hielten die Herren Geuer und Langen den Standpunkt der Verwaltung für richtig.

Leider hatte diese ganze Debatte nicht den von den Arbeitern und ihren Freunden erhofften Erfolg, da die Verwaltung es einfach ablehnte, in der Angelegenheit weitere Schritte zu tun. Damit wird man sich aber keinesfalls zufrieden geben. Und hoffentlich wird auch die Verwaltung noch zu der Auffassung kommen, daß es besser ist, den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen, als zu einer weiteren Erregung und Verbitterung Anlaß zu geben. Auch unter der bestimmten Voraussetzung, daß die Eingemeindung zustande kommt, woran übrigens kaum zu zweifeln ist, ist eine Einlösung des gegebenen Versprechens recht wohl möglich. Wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Weitere Erfolge der christlich-nationalen Arbeiterschaft bei den Krankenassenwahlen.

In Herne siegten die christlichen Gewerkschaften mit 243 Stimmen (17 Vertreter) über die sozialdemokratische Liste, die 193 Stimmen (13 Vertreter) erhielt. — In Hunsberg, wo Sozialdemo-

senchaft 12,8 Prozent, Armen- und Krankenanstalten 29,9 Prozent und für die öffentlichen Anlagen 3,8 Prozent.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Städte ist, diejenigen Gefahren zu bannen, die sich aus dem Zusammendrängen Hunderttausender von Menschen für die Gesundheit ergeben. Weniger kann sie ihre Sorge auf die Heilung von Krankheiten verwenden, wie auf die Aufgabe, Krankheiten zu verhüten. Hierzu gehört die Wegschaffung der Fäkalien und der Abwässer. Die Ausstellung des Tiefbauamts führt dem Beschauer die unterirdischen Anlagen des Kanals vor Augen. Einige Zahlen mögen zeigen, welche gewaltige Summen hierfür aufgewandt werden müssen. Köln besitzt gegenwärtig ein Kanalsystem in einer Länge von 430 Kilometer, etwa die Entfernung von Köln bis Hamburg. Aufgewandt wurden dafür bis jetzt rund 28,4 Millionen Mark ohne die laufenden Kosten. Schon das römische Köln hatte eine Kanalanlage, von der noch heute Überreste, der sog. Römergang, Unter Goldschmied, vorhanden sind. Unseren Kollegen, die beim Kanalbau beschäftigt sind, mag die Ausstellung insoweit von Vorteil sein, daß auch mal die breite Öffentlichkeit von ihrer sonst so unauffälligen, unangenehmen Arbeit im dunklen Schoß der Erde erfährt. Hoffentlich wird sie dieselbe nicht nur als eine sehr notwendige Arbeit entsprechend würdigen, sondern auch dieser Würdigung bei der Aufstellung der Lohnskala den entsprechenden Ausdruck verleihen.

(Fortsetzung folgt.)

kraten kaum in Frage kommen, stand der Liste der christlichen Gewerkschaften eine solche des bisherigen Klassenvorstandes gegenüber. Erstere erhielt 67 Stimmen (7 Vertreter). Letztere 124 Stimmen (13 Vertreter). — In Eupen erzielte die Liste des christlichen Gewerkschaftskartells, trotz heftiger Gegenarbeit des Werkmeistervereins die übergroße Mehrheit von 888 Stimmen (18 Vertreter), während die Gegenliste es nur auf 299 Stimmen (6 Vertreter) brachte. — Die Wahl in Beuel brachte den christlichen Gewerkschaften 35, den sozialdemokratischen 15 Krankenkassen-Ausschußmitgliedern. — In Bochum gaben die christlichen Arbeiter den Genossen die richtige Antwort auf den Verdächtigungsfeldzug, den die auswärtige sozialdemokratische Presse gegen die bisherigen christlichen Arbeitervertreter in der Bochumer Ortskrankenkasse führt. Mit 1377 Stimmen (34 Vertreter) errangen sie gegen die sozialdemokratische Liste (1073 Stimmen, 26 Vertreter) wieder die Mehrheit der Arbeitervertreter. In der Masse kamen vor längerer Zeit Unregelmäßigkeiten vor und ist dieserhalb der Mendant zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die rote Presse machte hieraus einen „christlichen“ Krankenkassenstandal: In Wirklichkeit datieren die Verfehlungen des Mendanten, der stark mit den Genossen liebäugelte, aus der Zeit, als die christlichen Gewerkschaften in der Masse noch keinen Einfluß besaßen. Erst, als sie die Mehrheit erzielten, war es ihnen möglich, die Mißwirtschaft des Mendanten zu beseitigen. Gerade die „Genossen“ waren es, die dem Mendanten „die Stange“ hielten und so verhinderten, daß mit dessen Mißwirtschaft aufgeräumt werden konnte. — Zur Ausschußwahl für die Ortskrankenkasse des Kreises Sidinghausen, sowie der Bürgermeistereien Berg-Bladbach, Odenthal reichten nur die christlichen Gewerkschaften eine Vorschlagsliste ein. Die vorgeschlagenen Kandidaten sind damit gewählt. — In Stolp in Pommern wurde die Ortskrankenkasse bisher von den „Genossen“ beherrscht. Ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Arbeiterorganisationen mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein bei der jetzigen Krankenkassenauswahl hatte den Erfolg, daß auf die gemeinsame Liste 16 Ausschußmitglieder entfielen, auf die sozialdemokratische Liste hingegen nur 14. — In Wanne i. W., wo sich früher heftige Krankenkassenkämpfe abspielten, erzielten die christlichen Gewerkschaften, einen glänzenden Erfolg. Von der christlichen Liste sind 17, von der roten nur 3 Vertreter gewählt. — In Erfurt erzielte die sozialdemokratische Liste 5294 Stimmen (26 Vertreter), die christlich-nationale Liste 1171 Stimmen (6 Vertreter). Die Gelben brachten es auf 27 Stimmen. Da sie einschließlich der Ersatzvertreter 96 Namen auf der Liste haben mußten, haben 69 der gelben Kandidaten entweder garnicht oder anders gewählt.

Arbeiterbewegung.

Die Angestellten der Casseler Straßenbahn haben unter der Führung des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes eine Bewegung geführt, die wohl ein Muster der Art von Bewegung ist, wie sie von den Herren Genossen geführt werden. Viel Geschrei, aber wenig Wollte. Am 28. September feierte die Stadt Cassel ihr tausendjähriges Bestehen. Den gelegentlich dieses Festes zu erwartenden sehr starken Verkehr wollten nun die Kollegen benutzen, um ihre berechtigten Wünsche durchzubringen. Ohne Zweifel wäre auch diese Bewegung zu einem glücklichen Ende geführt worden, wenn die Bewegung von der Sympathie der Bürgerschaft getragen worden wäre. Dieses war aber nicht der Fall, da der Direktion erst 7 Tage vor dem Feste die Forderungen eingereicht waren. Da die Bahn eine Gesellschaftsbahn ist, war es der Direktion nicht mehr möglich, den Aufsichtsrat zu einer Sitzung zusammenzurufen. In recht wirkungsvoller Weise nutzte die Direktion diesen Umstand aus, um die Bürgerschaft auf ihre Seite zu ziehen. Unter dem Druck der Verhältnisse wurde dann ein fauler Friede geschlossen. Unter Beteiligung des Oberbürgermeisters Dr. Scholz, des Stadtrats Dr. Saran, von Vertretern der Direktion der Großen

Casseler Straßenbahn und des deutschen Transportarbeiterverbandes, sowie einer Kommission der Straßenbahngestellten kam folgende Vereinbarung zustande:

„Die Direktion der Großen Casseler Straßenbahn A.-G. erklärt, daß sie nach Benehmen mit einer sobald als möglich einzuberufenden Aufsichtsratsitzung in eine den Wünschen der Angestellten nach Möglichkeit Rechnung tragende Regelung eintreten wird.“

Diktirt in Anwesenheit des Herrn Direktor Blumberg.

Zur Beglaubigung

gez. Scholz, Oberbürgermeister.

Nachdem sich die Herren „Strategen“ des roten Transportarbeiterverbandes bei den von uns geführten Bewegungen in Saarbrücken und Oberkassel so mächtig entriesteten, obschon gar keine Veranlassung dazu vorlag, sollten die Kollegen meinen, daß sie die geborenen Schulmeister wären.

Wie aber aus Vorstehendem ersichtlich, verstehen sie es vorzüglich, über andere kräftig zu schimpfen, um damit ihre eigene Unfähigkeit zu verdecken.

Die Stettiner städtischen Hafenarbeiter stehen seit dem 17. September im Streik. Der Ausstand wird von dem sozialdemokratischen Gemeindegewerksverband geführt und greift bereits auf die privaten Betriebe im Hafen über. Der Magistrat, unterstützt von den Unternehmern, weigert sich, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen und versucht, den Hafen mit Arbeitswilligen zu besetzen. In Betracht kommen zirka 800 Mann.

Der rote Gemeindegewerksverband hat in seiner Domäne Berlin mit 9574 Mitgliedern einen großartigen „Erfolg“ zu verzeichnen. Bei der städtischen Straßenbahn sind den Werkstättenarbeitern Lohnabzüge gemacht worden, die nach einem Bericht des „Vorwärts“ bis zu 300 Mk. pro Jahr für Einzelne betragen. So bedauerlich dieses Vorgehen der Berliner Stadtverwaltung ist, jedenfalls aber ist es sehr geeignet, den sozialdemokratischen Agitatoren etwas Wasser in ihren Wein zu schütten, wenn sie versuchen, die roten Domänen außerhalb dieser als das Eldorado hinzustellen, wo ihr Verband die gewaltigen Erfolge zu verzeichnen hat.

Ein Streiflicht auf die Art, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften Dumme einzufangen und festzuhalten suchen, zeigt das Vorgehen des „Steinarbeiter“, das Organ des sozialistischen Steinarbeiterverbandes, in seiner Nummer 33. Das Blatt erschien in zweierlei Ausgabe. Die eine zeigte auf der ersten Seite in dickem Trauerrand die Trauer an, in welcher die deutsche und die internationale Sozialdemokratie durch den Tod Bebels hineinversetzt worden ist, also die ganze Seite einnehmend, einen Nachruf für Bebel. Diese Ausgabe wurde in all den Gegenden verbreitet, wo der Steinarbeiterverband keinen Anstoß mehr erregt, wenn er den roten Lappen schwenkt. Daneben lief eine andere Ausgabe, ohne Nachruf für Bebel, eine ganz harmlose, die nur von Menschenwürde und von Sozialpolitik sprach, für die Leute bestimmt, die nicht alle werden. Solch ein Stücklein kann man wohl als einzig in seiner Art bezeichnen. Bebel wollte sich einmal anheischig machen, ein Gewerkschaftsblatt im sozialistischen Sinne zu redigieren, ohne daß das Wort Sozialdemokratie fällt. Der „Steinarbeiter“ bringt das offenbar nicht fertig. Er macht es auf seine Weise: für die einen eine Ausgabe in Rot, für die anderen in Schwarz. Man sollte meinen, daß auch den Sozialisten solch heuchlerisches Treiben zum Ekel würde.

Ein Raueakt. Der christliche Textilarbeiterverband sah sich vor einiger Zeit genötigt, den Bezirksleiter Köhling seiner Stelle zu entheben. R. hatte u. a. eine Summe Geldes widerrechtlich zurückgehalten und für sich verbraucht. In einem sozialdemokratischen Verlage ist nunmehr eine kleine

Broschüre erschienen, die den betr. H. zum Verfasser hat und in der eine Reihe Vorwürfe gegen den Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes enthalten sind. Selbstverständlich fällt die ganze Genossenpresse über dieses gesunde Fressen her. Der angeschuldigte Zentralvorstand wird gegen den Verfasser und die Verbreiter der verleumderischen Broschüre gerichtliche Klage erheben.

Auscheinend haben sich die Genossen von ihrem Reinfall mit der Broschüre Wolf soweit wieder erholt, daß sie den traurigen Mut der öffentlichen Verleumdung wiedergefunden haben.

Wenn sie aber absolut das Bedürfnis haben, sich zu ent-rüsten, können wir ihnen Stoff genug hierzu liefern.

Im sozialdemokratischen Lager liegen Veruntreuungen, Unterschlagungen, Einbrüche in sozialdemokratischen Verwaltungsstellen und Gewerkschaftskassen in zahlloser Menge vor. Nur ein paar Stichproben: Der Verbandsbeamte D. des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes in Hamburg war plötzlich verschwunden. Nachher stellte sich heraus, daß Unterschlagungen in Höhe von 12 000 Mk. vorlagen. Ferner wurden die Buchdruckerverbands-beamten B. in Wiesbaden und Sch. in Kassel wegen Unterschlagung sehr hoher Summen zu Gefängnis verurteilt. Der Gauleiter P. vom sozialdemokratischen Malerverband in Königsberg, der gleich-zeitig eine hervorragende Rolle in der sozialdemokratischen Partei spielte, wurde wegen Unterschlagungen verhaftet und vor Gericht gestellt. Der Beamte B. vom sozialdemokratischen Transportar-beiterverband in München veruntreute 6 500 Mk. und wurde nach einem verfehlten Selbstmordversuch zur gerichtlichen Verantwor-tung gezogen. Im Jahre 1908 wurden in Duisburg der Gau-leiter S. sowie der Kassierer A. des roten Hafenarbeiterverbandes zu drei Monaten bzw. sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die Zustände an der Zentralstelle des sozialdemokratischen Bergar-beiterverbandes haben schon häufiger die Öffentlichkeit beschäftigt. Im vorigen Jahre wurde dort ein Kassierer namens K. des Dieb-stahls und Einbruchs überführt. In einem Skandalprozeß im Jahre 1911 wurden über die Zustände an der Bergarbeiterzentrale äußerst graphisierende Aussagen gemacht: 1. daß die Töchter der Vorstandsmitglieder in der Verbandsdruckerei bevorzugt würden; 2. daß mehrere in der Druckerei beschäftigte Mädchen in gesegneten Umjänden ausgeschieden seien. Ein Zeuge A. sagte unter Eid u. a. folgendes aus: „Ich wurde 1906 aus Hilfsweise drei Monate auf der Kasse des Verbandes beschäftigt. Mir ist aufgefallen, daß eine Kasse vorhanden war, in die Portogelder hineinkamen, wo-rüber kein Buch geführt wurde. In den Kassenbüchern wurde radiert und getrichen.“ Der ehemalige Kölner sozialdemo-kratische Parteisekretär Müller bewarb sich um dieselbe Zeit (Ende 1906), um die Stelle eines Arbeitgeberverbandssekretärs, als er in Mü-U-Land zum Reichstag kandidierte, und die kräftigsten Brand-reden gegen Klassenstaat und Unternehmertum hielt. In Erinne-rung ist noch, daß der sozialdemokratische habsische Landtagsabge-ordnete W. und seine Frau durch Urteil der Karlsruher Straf-ammer wegen schwerer Kuppelrei zu drei bzw. fünf Monaten Ge-fängnis verurteilt wurden. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts“ war weitherzig genug, den verurteilten Oberge-nossen als ein Opfer bürgerlicher Moral in Schutz zu nehmen. Im Jahre 1911 verurteilte das Gothaer Landgericht den sozialdemo-kratischen Landtagsabgeordneten G. wegen Betrug und Untreue zu acht Monaten Gefängnis. Er hatte sich als Vorsitzender einer Orts-krankenkasse an dem Kassenvermögen vergreifen.

Ferner sei erinnert an den Fall des angesehenen Partei- und Gewerkschaftsführers Döbler. Dieser Döbler, Gauleiter des sozial-demokratischen Transportarbeiterverbandes, außerdem hervor-ragender Führer der sozialdemokratischen Partei, u. a. auch roter Gemeindebevollmächtigter in München, hat den Verband jahrelang um schwere Summen betrogen. Er hatte Fahrgelder und Diäten quittiert für Reisen, die er gar nicht gemacht hatte, Quittungen und Streifenlisten gefälscht, und zwar hatte er dieses jahrelang betrieben, bis die Betrügereien endlich einmal an den Tag kamen. Zunächst suchte die Leitung des sozialdemokratischen Transportarbeiterver-bandes die Geschichte zu vertuschen. In einer geheimen Sitzung hinter verschlossenen Türen auf dem 6. Verbandstag des roten Transportarbeiterverbandes (Juni 1909 in München) wurde über eine ganze Reihe von Sündnern, u. a. auch über Döbler, Gerichts-tag abgehalten. Der Vorsitzende Schumann schilderte die Trei-berereien des Obergenossen Döbler und erklärte u. a. folgendes: „Im Einverständnis mit dem Gauvorstand haben wir mit Rück-sicht auf die gewerkschaftliche und politische Bewegung von einer Anzeige Abstand genommen. Ein Delegierter namens Angerer (München) ließ die Kasse noch mehr aus dem Saß. Er sagte u. a.: „Auf deutsch gesagt, ich hätte ihn (Döbler) manchmal erdroffeln können. ... Was soll nun geschehen? Ich war derjenige, der zu

Schumann in der Sitzung gesagt hat, der Lump gehört an den Galgen. Ich wäre derjenige, der ihn an den Galgen geliefert hätte, aber andere haben mir davon abgeraten, mit Rücksicht auf die Christlichen. Wir werden ihn durch eine Anzeige nicht viel schaden können, ja er wird sogar evtl. Dinge, die nicht für die Deffent-lichkeit bestimmt sind, aus der Partei und der Gewerkschaft mit größter Freude der Deffentlichkeit unterbreiten, und wer hat dann den Schaden davon?“ Schließlich hat dann die Geheimnissung des Verbandes beschlossen, sich zunächst mit der Münchener (roten) Par-teileitung ins Einvernehmen zu setzen und prüfen, ob die Gründe der Partei schwerwiegend genug wären, Döbler der Staatsanwalt-schaft nicht auszuliefern. (Später hat dieser saubere Obergenosse Döbler, den die Genossen fürchteten, weil er zu viel mußte, aus einer Blockhütte ein Mädchen durch einen frivolen Schuß tödlich verletzt und ist dafür zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden, später auch für die Unterschlagungen und Urkundenfälschungen noch zu 4 Jahren Gefängnis.)

Im Jahre 1908 verschwanden aus der Hauptkasse des roten Transportarbeiterverbandes fortgesetzt größere Beträge. Der Haupt-kassierer Käßler gab sich die erdenklichste Mühe, um den Verbrecher zu entdecken, was ihm auch schließlich gelang. Ein Beamter an der Zentrale, der schon seit drei Jahren den Posten bekleidete, wurde als Einbrecher überführt und später zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

In der vorhin erwähnten Sitzung des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes auf dem Verbandstage 1909 in Mün-chen sagte der Vorsitzende Schumann hierüber folgendes:

„Wir werden Käßler nachfühlen können, in welcher verzweifelten Stimmung er war, immer u. immer fehlte Geld, wir andern kamen in einen unangenehmen Verdacht, u. schließlich konnten wir ja auch glauben, daß Käßler zu den Kassierern gehörte, die Einbrüche fingierten. Auch ich konnte in Verdacht geraten, weil außer Käß-ler nur noch ich einen Schlüssel zum Geldschrank hatte. Die Summe, die uns auf diese Weise verloren gegangen ist, beträgt 2 270 Mk. Der Mann hat seine Strafe, er ist ausgesprochen, und damit ist der Fall für uns erledigt, obwohl es sehr unangenehm ist, konsta-tieren zu müssen, daß jemand, der drei Jahre im Bureau arbeitet, sich als solcher Lump entpuppt.“

Wenn ihnen diese Blütenlese aber noch nicht genügen sollte, verweisen wir sie auf ein Flugblatt ihrer eigenen Par-teigenossen, der Lokalisten in Düsseldorf, welches weiteres Material für Entrüstung in Hülle und Fülle bietet.

Verbandsnachrichten.

Vom 2. Quartal haben abgerechnet die Ortsgruppen Graudenz und Freiburg.

Vom 3. Quartal Dillingen und Wöllershof.

Der Zentralvorstand.

Literarisches.

Mit der heutigen Nummer geht den Ortsgruppen ein Exemplar der Zeitschrift „Die Krankenversicherung“ zu. Diese Zeitschrift wird herausgegeben vom Gesamtverband deutscher Krankenkassen (G. B.). Für einen jeden Kollegen, den das Vertrauen der Mitglieder in den Vorstand oder Ausschuß einer Krankenkasse oder sonstiger sozialer Versicherungs-institutionen berufen hat, ist dieses Blatt unentbehrlich. Wo der einzelne Kollege nicht in der Lage ist, sich hierauf zu abonnieren, mögen wenigstens die größeren Ortsgruppen dieses auf Kosten der Lokalkasse tun.

Versammlungskalender.

Bochum. Sonntag, 19. Oktober, 3 Uhr Versammlung bei König.
Bonn. Samstag, 11. Oktober, 8½ Uhr im Gesellenhaus.

Durch den Tod aus unserer Mitte gerissen wurden die Kollegen:

Vinzenz Rinkenburger, Konstanz.

Matthias Ruhlmann, Köln.

Ehre ihrem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;
Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9.
Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Marast. 9.